

Resolution des Rates der Stadt Detmold vom 16.02.2017:

Resolution zur beschleunigten Stilllegung des Atomkraftwerks Grohnde

Der Rat der Stadt Detmold appelliert an die zuständigen Stellen (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz als Atomaufsichtsbehörde und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als entsprechend weisungsbefugte Behörde) aus Sicherheitsgründen eine vorzeitige Stilllegung des Atomkraftwerks Grohnde deutlich vor dem im Atomgesetz festgesetzten Laufzeitende zu veranlassen.

Begründung:

Das Atomkraftwerk Grohnde ist mit aktuell 250 (Stand: 16.02.2017) meldepflichtigen Ereignissen seit Betriebsbeginn eines der stör anfälligsten in Deutschland. Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren waren Anzahl und Ausmaß der aufgetretenen Defekte besorgniserregend groß. So erhöhten beispielsweise ein ausgefallener Generator, undichte Rohrverbindungen, eine beschädigte Nachkühlpumpe und Fremdkörper im Primärkreislauf das Risiko einer Atomkatastrophe unkalkulierbaren Ausmaßes.

Diese Ereignisse machen deutlich, dass hier massive Alterungsprobleme vorliegen in einer Anlage, die seit mehr als dreißig Jahren überwiegend im Volllastbetrieb arbeitet. Sie zeigen zugleich auch, dass der Betrieb an der oberen Leistungsgrenze immer mit unentdeckten Schäden verbunden sein kann, denn eine Reihe von Defekten werden erst im Rahmen von Überprüfungen festgestellt. Der genaue Zeitpunkt ihres Entstehens ist dann oft nicht mehr nachweisbar. Ein kürzlich aufgetretener Störfall belegt sogar, dass ein folgenschwerer Wartungsfehler jahrelang unentdeckt bleiben konnte. Ferner kann der Reaktor in Grohnde einem Anschlag durch Absturz eines modernen Großflugzeugs oder durch Beschuss nicht standhalten.

Bis zu 50 Prozent des gesamten nuklearen Inventars könnten im Katastrophenfall innerhalb von zwei bis drei Stunden freigesetzt werden. Dies könnte nicht nur zur Folge haben, dass eine Evakuierung der Bevölkerung in der sogenannten Mittelzone (20-km-Radius um die Anlage), die innerhalb von 24 Stunden nach Alarmierung abgeschlossen sein soll, nicht mehr erfolgreich umsetzbar wäre. Auch in viel größerer Entfernung könnten die zu erwartenden extremen Strahlenbelastungen ein rechtzeitiges Verlassen des betroffenen Gebietes unmöglich machen.

Der Rat der Stadt Detmold teilt daher die berechtigten Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger der Stadt vor einer atomaren Katastrophe und deren unkalkulierbaren Folgen. Die Menschen hier leben nur etwa 40 km vom Reaktor in Grohnde entfernt, dessen Betrieb nach Atomgesetz noch bis zum 31.12.2021 geplant ist.